

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einsendung monatlich 20, durch unsere Nachbarn posttragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande
22, durch die Post bezogen vierteljährlich 50, mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Postboten sowie
unsere Verkäufer und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interessante Zeit für die 6 getragene Körpergröße oder deren Raum, Kleinen, die 2 1/2 jährige Körpergröße. Bei
Zwei Wiederholung und Jahresbeitrag entbrennender Preisnachlass. Zeitungsabonnenten im amtlichen Teil (nur von
Zustellern) die 2 getragene Körpergröße. III. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme bis demontags
10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt keine Garantie. Jeder Nach-
anspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Frage eingegangen worden und oder der Nachbargänger in Kenntnis gesetzt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 78

Sonnabend den 1. April 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Krüppel-, Mütter- und Tuberkulosen-Beratungsstelle.

Die bisher an bestimmten Tagen durch das Wohlfahrtsamt eingeführten und beim Herrn Sanitätsrat Dr. Bartky abgehaltenen besonderen Beratungsfunden fallen insofern weg, als die Hilfe- und Ratsuchenden des hiesigen Pflegebezirks von nun an in jede

ordentliche Sprechstunde des Fürsorgearztes, Herrn Sanitätsrat Dr. Bartky, die wochentäglich vormittags 8 bis 9 Uhr und mittags 12 bis 1 Uhr stattfinden, gehen können.

Wilsdruff, am 28. März 1922.

Der Stadtrat — Wohlfahrtsamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reparationskommission hat die drei Sachleistungsabkommen mit Deutschland ratifiziert.
- * In Oberhausen wurde eine Schupowache durch belgische Kruppen verhaftet.
- * Der durch den früheren Abgeordneten Sepp Dertter bloßgestellte Ministerpräsident Junge ist zurückgetreten.
- * Der Präsident des Wiederherstellungsausschusses Dubois hat in Paris eine Rede gehalten, in der die Äußerungen ausgedrückt werden, gegebenenfalls mit Kanonen und Bajonetten gegen Deutschland vorzugehen.
- * Die französische Delegation für Genoa soll an der Beratung aller Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in weitestem Umfange teilnehmen, aber jedes Abzweigen auf die Anerkennung Sowjetrußlands oder die Wiedergutmachung ablehnen.
- * Die Belgier verlangen eine Ausdehnung ihres Besatzungsgebietes am Rhein.

Russengefahr.

In Anblich der Absolutismus, gemindert durch Menschlichkeit. Dieses ironisch-tragische Urteil über die inneren Zustände des zaristischen Reiches ist in der letzten Ausgabe des hiesigen Blattes zu lesen. In Berlin haben einige russische Flüchtlinge, ehemalige Offiziere und Anhänger der gestürzten zaristischen Regierung, die ihnen gewährte Gastfreundschaft mißbraucht, um ein schändliches Attentat zu begehen und dadurch die an ihrer Verwicklung wahrlich nicht armen deutschen Behörden mit einer neuen Verlegenheit belastet. In einem Augenblick, wo die Auseinandersetzung mit unsern Gegnern auf dem Schachbrett der äußeren Politik vielmehr am kritischen Punkte angelangt ist, erlauben es sich ein paar Russen, von denen die Offiziere Schabell, Borst und Laborski festgehalten sind, unter dem Ruf „Rache für den Zaren!“ ein Revolverattentat auf den früheren russischen Minister des Auswärtigen Wljudow zu unternehmen. Dabei kommt dieser glücklicherweise unverletzt davon, aber sein Begleiter Dmitriew Rabakoff, als juristischer Gelehrter von Ruf, in der ersten Duma bereits Abgeordneter, als Politiker in der Ara Kerenski an mehreren verantwortlichen Stellen und Minister der Krimregierung, bleibt auf dem Platze. Das alles vor einer großen Menge in einem der bekanntesten Versammlungsorte Berlins, in dem Wljudow einen Vortrag gehalten hatte. Wljudow wie Rabakoff waren keine Vertreter der jetzigen Reichsregierung in Petersburg und Moskau, sondern „Rabatten“, also Anhänger der im Gegensatz zu den Bolschewisten als Sozialrevolutionäre oder Menschewisten bezeichneten gemäßigten Sozialisten. Beide ebenfalls Flüchtlinge.

Da der größte Teil der Versammlungsbefucher aus Russen bestand, das Attentat von Russen gegen Russen ausgeübt wurde, könnte oberflächliche Betrachtung zu dem Resultat kommen, es handle sich auch nur um eine rein russische Angelegenheit, die der Inländer, abgesehen von dem kriminellen Moment, sich nicht allzu sehr zu Herzen zu nehmen braucht. Das wäre natürlich grundfalsch. Wenn man schon auf dem Standpunkt steht, daß innerpolitische Streitigkeiten des Auslandes für uns keinen Gegenstand überschäumender Erregung zu bilden hätten, solange sie unsere eigenen Interessen nicht einschneidend berühren, darf nicht vergessen werden, daß neben der Verletzung der allgemeinen menschlichen Ethik durch einen solchen Mord in diesem Falle der Wille in einen Gefahrenabgrund gelenkt wird, dem wir ohne eigene Verschuldung zwangsläufig näher gebracht werden.

Die Umwälzungen und Erschütterungen in der ehemaligen Zarenmonarchie der Romanows bilden heute eine Weltfrage von überragendem Maßstab. Ohne eine Stabilisierung in dem Ostreich kein Frieden in Europa, keine Veruhigung der Welt, kein gründlicher Aufbau, keine Balancierung der wirtschaftlichen Kräfte nach der Zertrümmerung durch die Kriegskatastrophe. Deutschland aber steht dicht neben dem brodelnden Kessel Rußlands, strömt er über, ergießen sich die brennenden Fluten zuerst über unsere Glieder. Ob das nun wirtschaftliche Verheerung oder blutiger Kriegsgewalt ist, auf jeden Fall sind wir die Mitleidenden.

Deutschland hat den russischen Emigranten bereitwillig Asylrecht gegeben. Das war menschenpflichtig, die sich zugleich bedient mit der zeitgemäßen Auffassung, die den gemeinen Verbrecher der Sühne nicht entziehen will, dem wegen politischer Meinungen Verfolgten, dem Armen und Bedrückten aber überhaupt Schutz zubilligt, unacachtet zu

jauger Staatsangehörigkeit oder wohl Nationen, nicht aber Menschen trennender Grenzlinien. Doch dieser Grundsatz hat seine Schwächen, die treffend charakterisiert werden durch das englische Sprichwort „Charity begins at home“ — Wohlthun beginnt zu Hause.

Berlin ist heute eine halbrussische Stadt. Russische Theater, russische Buchhandlungen, russische Zeitungen, russische Vereine und Körperschaften sind in Masse entstanden, die Psychonomie der Straße und der gesamten Öffentlichkeit ist stark russisch beeinflusst. Solange diese Überfremdung sich ruhig verhält, ihr Wesen als das eines nachsichtig und barmherzig gebuldeten Gastes offenkundig macht, läßt sie sich ertragen. Schon wird aber geklagt über Annäherung, aber unverändert in die Erscheinung tretend mit unseren Sitten kontrastierendes Gebaren. Reiche Russen, die ihre Schätze trotz aller Volkswirtschaftsaufmerksamkeit anscheinend leicht hin über die Grenze tragen konnten, jagen ungehindert dem Einheimischen Wohnungen und sonstige Lebensnotwendigkeiten ab. Unter den eingewanderten übrigen Russen bildet die Junge der Reichswehr, der Schieber, der Abelkäter jeder Klassifizierung einen recht hohen Prozentsatz. Die Kriminalchronik der letzten Jahre gibt dafür vielfältige Belege. In anderen Zentralpunkten des Reiches liegen die Dinge möglicherweise nicht ganz so schlimm, jedoch ähnlich. Aus Breslau, Dresden, Leipzig und München lauten die Berichte übereinstimmend. Gerade im vorliegenden Falle führen die Spuren des unter so häßlichen Verhältnissen verlebten Nordes nach München. Einige Zeitungen bezeichnen München als den Verwaltungsmittelpunkt eines über ganz Deutschland verzeigten Reiches russisch-monarchistischer Propagandaorganisationen, aus denen das Attentat gegen Wljudow hervorgegangen sei.

Es mögen dabei Abertreibungen unterlaufen, jedenfalls kann die öffentliche Verurteilung durch das Russenwesen nicht mehr länger gelehnet werden. Ob diese so wie so wachsende Verunreinigung und Beeinträchtigung der Rechte der Einheimischen durch bolschewistische Verberater, die durch entgegengelegte Bestrebungen verdrängt werden, ist gleichgültig. Rußland mag seine inneren Streitigkeiten nach alter oder neuer Manier auf seinem Boden ausmachen, wir wollen in unserem Hause von Menschenmördern nichts wissen, mögen sie ihre Geschäfte unter der Flagge mit dem Sowjetkern oder unter dem Zarenbanner betreiben. Wir haben in den eigenen Stuben genug aufzuräumen und wozu uns von Desperados dieser oder jener Art dabei nicht stören lassen. Dem Hilfsbedürftigen Varnbergsfeld, dem sich überlebenden, Schmutz ins Land tragenden Eindringling die feste Hand der Abwehr und unter Umständen den gefährlichen Trit. Das ist die Forderung, die angesichts des Berliner Mordes gegenüber der Russengefahr erhoben werden muß.

Das Problem der großen Anleihe.

Vorbereitungen in Paris.

Der Gedanke einer großen internationalen Anleihe zur Durchführung der deutschen Zahlungen, der bereits in der letzten Entennotiz erwähnt und in der Kanzlerrede ausgegriffen wurde, scheint in Paris weiter verfolgt zu werden. Die Reparationskommission hat die

Bildung eines Sachverständigenausschusses beschloffen, der Studien machen und der Reparationskommission einen Bericht einreichen soll über die Bedingungen, zu denen die deutsche Regierung eine oder mehrere Anleihen im Ausland aufnehmen könnte, deren Ertrag für den teilweisen Rücklauf der Reparationsschuld verwendet würde. Es würden zu diesem Zweck besonders sachkundige Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern berufen, auch aus solchen, die bei der Reparationskommission nicht vertreten seien. Sehr vorsichtig bemerkt hierzu der „Temps“, daß es sich um einen englischen Plan handle, den die Reparationskommission geprüft habe. Man sieht also, daß die Franzosen diesem Plan nicht besonders freundlich gegenüberstehen.

Das Sachleistungsabkommen.

Die Reparationskommission hat nach längeren Beratungen die vier Abkommen über die deutschen Sachleistungen grundsätzlich angenommen. Es handelt sich um das am 6. Oktober 1921 unterzeichnete Wiesbadener Abkommen über die Sachleistungen, sowie das am Tage danach beschlossene Pauschalabkommen über die Restitution, an deren Stelle das Substitutionsverfahren treten soll. Ferner um das Barmen-Abkommen vom 27. Februar 1922 und die in Berlin am 18. März 1922 paraphierte französisch-deutsche Ergänzung zum Wiesbadener Abkommen, die das Barmenländische Sachleistungsverfahren auf Frankreich ausdehnt.

Deutscher Reichstag.

1798. Sitzung.)

CR Berlin. 30. März.

An den Anfang der heutigen Sitzung mußten einige kleinere Gegenstände gestellt werden, um bis zum Abschluß der Debatte über die auswärtige Politik und die Reparationsnote Zeit zu gewinnen. Man war in der Mittagsstunde noch nicht darüber fertig, wie und in welcher Form die Abstimmung vorgenommen werden sollte. Nachdem die Volkspartei erklärt hatte, sie würde sich beim Mißtrauensantrag den Deutschnationalen der Stimme enthalten, wünschte der Kanzler einen ausdrücklichen Vertrauensantrag der Regierungsparteien. Dem wollte wieder die Volkspartei nicht zustimmen, weil sie zwar die Erklärungen der Regierung zur Note, nicht aber die gesamte „Erfüllungspolitik“ des Kabinetts billigt. Schon tauchte wieder die Gefahr einer kleinen Krise auf, als das Zentrum mit dem Einverständnis des Kanzlers schließlich einen Antrag einbrachte, der nur die Billigung der Regierungserklärung auspricht. Damit war die Volkspartei einverstanden. Die Unabhängigen verhalten sich dazu neutral und die Mehrheit für den Kanzler erschien damit ausreißend gesichert. — Ein Gegenwurf, der elsaß-lothringische Rechtsangelegenheiten betrifft, d. h. die Zuständigkeit deutscher Gerichte bei Zwangsvollstreckungen usw., in elsaß-lothringischen Rechtszuständen regelt, wurde in allen drei Lesungen angenommen. Darauf folgte die erste Beratung eines Antrages aller Parteien, die Unabhängigen und Kommunisten ausgenommen, über die Unterstützung von Rentenempfänger der Invaliden- und Angefalltenversicherung.

Der Antrag will, soweit besondere Umstände es fordern, den Rentenempfängern eine erhöhte Unterstützung zu gewähren, so daß das Gesamtjahresentkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente oder eines Ruhegeldes den Betrag von 4400 Mark, einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 3300 Mark, einer Waisenrente den Betrag von 2000 Mark erreicht.

Abg. Karsten (U-Soz.) verlangte, daß die Würdigkeit oder Bedürftigkeit außer Betracht bleibe und auf die Unterstützung in allen Fällen ein Rechtsanspruch gestiftet werde. Auch die Höhe des Zuschusses sei unzureichend. Mit dem Antrag solle nur plumpe Bauernsängerei betrieben werden.

Abg. Meyer-Zwölau (Soz.): Die schließliche Verabschiedung des beantragten Gesetzesentwurfs ist notwendig, damit die Einzeländer baldigst die Ausführungsbestimmungen erlassen können.

Abg. Adams (Deutsche Sp.): Den Invaliden liegt mehr an einer Verbesserung, die in den Grenzen des Möglichen liegt, als an phantastischen Versprechungen.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Verehrter Anseh, an dem sozialen Empfinden des Reichsarbeitsministeriums zu weichen, besteht nicht. (Zurufe von den Kommunisten: Aber sehr stark!) Wir müssen uns in den Grenzen des Möglichen halten. Der Antrag Karsten würde uns 10 Milliarden Mark kosten.

Abg. Karsten (U-Soz.): Die Summe von 10 Milliarden würde bei weitem nicht erreicht werden, diese Zahl ist aus der Luft gegriffen.

Damit schloß die erste Lesung und die Vorlage wurde darauf in zweiter Lesung unverändert angenommen. Die dritte Lesung konnte noch nicht vorgenommen werden, da der Abg. Karsten Widerspruch erhob. Präsident Noebe stellte dies fest mit dem Bemerkten, daß es auf die Weise durch die Schuld der Kommunisten unmöglich gemacht werde, den Invaliden zum 1. April schon die Zuwendung zu gewähren. (Rehäßiges „Hört! Hört!“)

Weiterbesprechung der Reparationserklärung.

Abg. Dr. Leich (Bauer. Volkspartei): Von einem wahren Friedenssinne und dem Wunsche nach einem raschen Wiederaufbau ist bei unsern Gegnern nichts zu spüren. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler sofort mit den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder Fühlung genommen hat, und daß Einmütigkeit sich zeigt in der Auffassung über die Unmöglichkeit der Erfüllung der gestellten Forderungen und über den unwürdigen und entehrenden Charakter in Ton und der Zustimmung des Begleitschreibens. Es wäre erwünscht gewesen, daß diese Einmütigkeit sich auch im Reichstage gezeigt hätte. Leider aber ist der Mangel an Einsicht wie bei den Gegnern auch bei uns selbst festzustellen.

Abg. Dr. Lewi (Komm. Arbeitsem.) betonte: Aber uns schwebt das Verhängnis, daß zur Zeit von Brest-Litowsk in Deutschland kein Mensch wagte, die Grundsätze der Demokratie zu wahren. Darum werden wir harte Ohren finden. Im übrigen erklärte er, daß keine Parteigenossen gegen das Vertrauensvotum stimmen würden.

Dasselbe tat der Abg. Fröhlich (Komm.), der im übrigen sich darzutun bemühte, daß die ganze Erfüllungspolitik auf Kosten der deutschen Wirtschaft, namentlich auf Kosten der deutschen Arbeiter betrieben werde. Daran seien auch die Mehrheitssozialisten schuld.

Die Vertrauensstimmung im Reichstage.

Der Vorkant der im Reichstage vom Zentrum eingebrachten Vertrauensstimmung zu den Regierungserklärungen ist folgender:

Der Reichstag verwahrt sich gegen die in der Note der Reparationskommission vom 21. März dem deutschen Volke angebotenen unerhörten Forderungen und billigt die Erklärungen der Reichsregierung zu dieser Note.

Das Vertrauensvotum wurde mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen.